

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in dieser Woche hat der Bundestag einen Haushalt verabschiedet, der für Stabilität, Sicherheit und Zukunftsfähigkeit steht.

Zum vierten Mal in Folge werden wir keine neuen Schulden aufnehmen, das ist praktizierte Generationengerechtigkeit. Wir sorgen dafür, dass die soziale Balance im Land gewahrt bleibt: 55 Prozent der Haushaltsmittel fließen 2017 in soziale Maßnahmen. Gleichzeitig gehen wir die aktuellen Herausforderungen an und investieren kräftig in die innere und äußere Sicherheit. In dieser Legislaturperiode haben wir insgesamt mehr als 10.000 zusätzliche Stellen bei Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendiensten bis 2020 beschlossen und stärken so den Kampf gegen aktuelle Bedrohungen wie den islamistischen Terror oder die organisierte Kriminalität. Wir erhöhen die Verteidigungsausgaben gegenüber 2016 nochmals um 2,7 Milliarden Euro. Zusätzliche Mittel fließen in die humanitäre Hilfe und die Bekämpfung der Fluchtursachen. Seit 2005 haben wir den Haushalt für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mehr als verdoppelt.

Auch die Investitionen steigen 2017 kräftig um 4,6 Milliarden Euro auf knapp 36 Milliarden Euro. Mit rund elf Prozent haben wir die höchste Investitionsquote seit 16 Jahren. Allein in dieser Legislaturperiode steigern wir die Ausgaben für Bildung und Forschung um mehr als 25 Prozent. Die Mittel für Verkehr und digitale Infrastruktur liegen auf Rekordniveau. So sichern wir die Zukunftsfähigkeit Deutschlands!




Dr. Reinhard Brandl MdB



**GENERALDEBATTE ZUM BUNDES-
HAUSHALT 2017**

Eine Frage von Stabilität und
Verlässlichkeit [> S. 2](#)

Weitere Themen

FRAKTIONSSPITZE IN BRÜSSEL
Europa steht vor großen
Herausforderungen [> S. 6](#)



BUNDESHAUSHALT 2017
Wahlversprechen gehalten:
Keine neuen Schulden und
keine Steuererhöhungen [> S. 3](#)



BUNDESHAUSHALT 2017
Kalb: Ein Kraftakt mit Rekord-
investitionen und schwarzer
Null [> S. 5](#)

FAKTCHECK INNERE SICHERHEIT
Zum Schutz der Bürger [> S. 7](#)

BENEFIZ-SCHAFKOPFTURNIER 2016
Ein Blatt für notleidende Kinder [> S. 8](#)

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2017

Eine Frage von Stabilität und Verlässlichkeit



© picture alliance/dpa

Generaldebatte im Deutschen Bundestag: Themen, die Deutschland derzeit bewegen, kamen am Mittwoch zur Sprache. Es ging ums große Ganze – um die Realität im Land. Und um Ehrlichkeit. Zu Letzterem gehöre eben nicht, die Dinge schlechter zu reden als sie sind, unterstrich die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt. Denn Deutschland geht es gut.

Renten und Löhne steigen, die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Die Leistungen für sozial Schwache wurden erneut aufgestockt – die Mittel für Arbeit und Soziales machen im Bundeshaushalt 2017 mehr als 40 Prozent des Gesamtetats aus. Zum vierten Mal in Folge wird der Bundeshaushalt ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen auskommen. Eine grandiose Leistung, findet Hasselfeldt.

Bei all den positiven Entwicklungen des Landes gehe es auch darum, die richtigen Antworten auf die Sorgen der Menschen und ihre zum Ausdruck gebrachte Unsicherheit zu geben. Neben Stabilität und Verlässlichkeit verweist Hasselfeldt auf eines: „Unsere Antwort ist eine realistische und ehrliche Politik. Wir wollen den Leuten nichts vormachen, sondern ganz offen diskutieren.“ Denn Ehrlichkeit ist eben auch ein Gebot der Stunde.

„Nicht alles, was wir in dieser Legislaturperiode finanziell zu schultern hatten, war am Anfang vorauszusehen. Es war eine großartige Leistung, das durchzuhalten. Das zeigt unsere Verlässlichkeit.“ Im Haushalt 2017 liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Sicherheit. Mehr Personal, bessere Ausstattung und mehr Befugnisse sollen die Sicherheitsbehörden 2017 erhalten. Politische Verantwortung bedeute zudem, so Hasselfeldt, die Weichen für die Zukunft zu stellen: Investitionen in Straße, Schiene, in Breitband und vor allem in Bildung.

Der Etat für Bildung und Forschung wurde unter der unionsgeführten Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. „Die Kinder und Jugendlichen sind das eigentliche Kapital in unserem Land. Für sie darf uns nichts zu schade und nichts zu viel sein“, unterstrich Hasselfeldt. Sie appellierte an die Verantwortung der Länder. Defizite etwa bei der Schulausstattung oder in anderen Bereichen könnten nicht durch den Bund beseitigt werden, sondern seien Angelegenheit der Länder.

Eine gemeinsame Aufgabe sei ohne Zweifel der Umgang mit den Flüchtlingen. Hasselfeldt betonte, dass weiterhin der Dreiklang aus Humanität, Integration und Begrenzung gelte. In den vergangenen Monaten habe man viel erreicht. Neben zahlreichen nationalen und internationalen Maßnahmen zur Begrenzung, die im Laufe des letzten Jahres beschlossen wurden, wurden für Länder und Kommunen die finanziellen Mittel für die Integration erst jüngst erhöht. Klar sei aber auch: Mit Geld allein kann Integration nicht gelingen. Es brauche eine Integration in die Sprache, in die Arbeitswelt, aber auch in die Gesellschaft. „Es gilt unsere Werteordnung, es gilt die Art und Weise, wie wir miteinander leben, miteinander umgehen, uns begegnen, miteinander reden, die Werteordnung, die im Grundgesetz verankert ist. Das muss das Maß dessen sein, woran sich Integration in dieses Land zu orientieren hat“, unterstrich Hasselfeldt.

Bundeshaushalt 2017

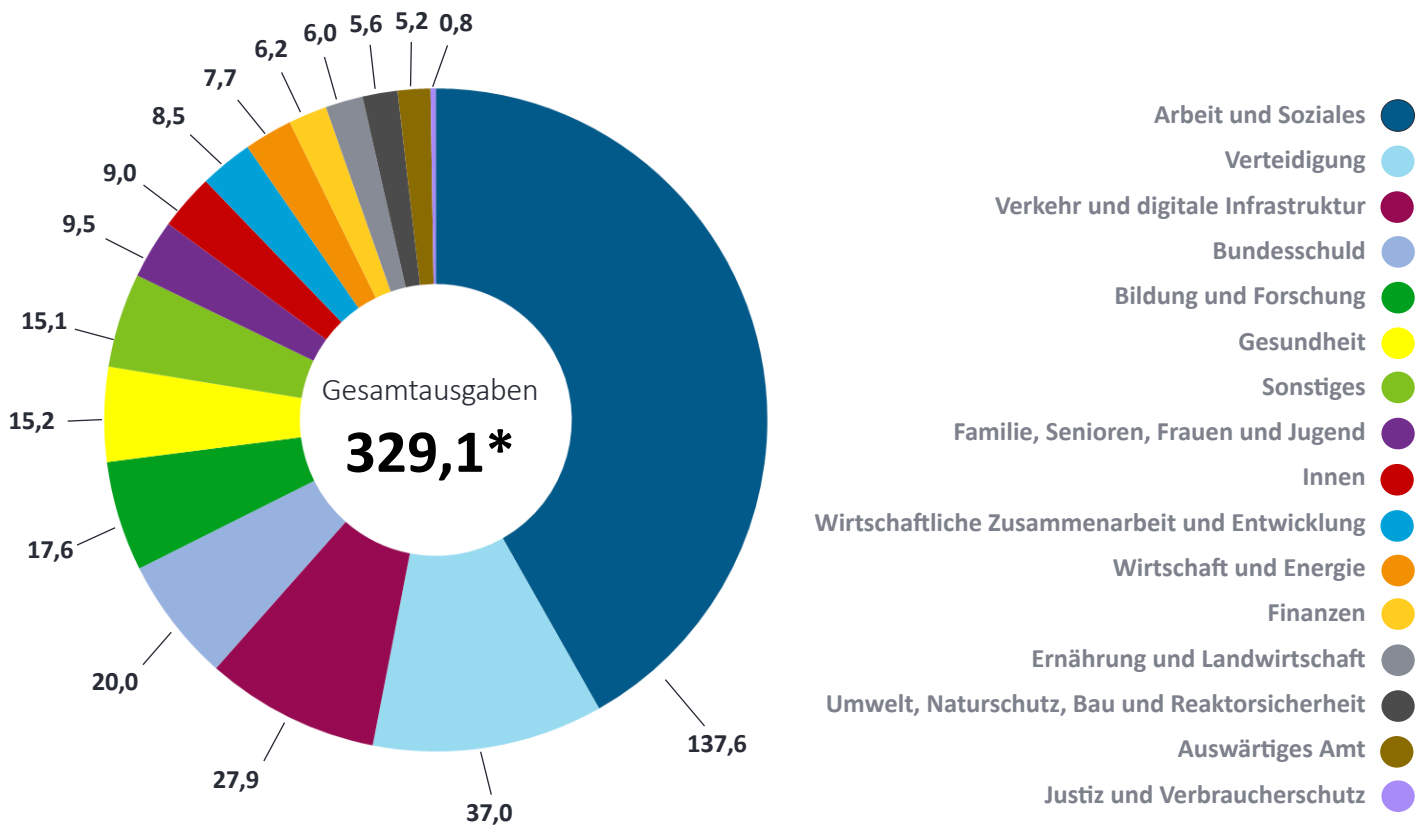
Wahlversprechen gehalten: Keine neuen Schulden und keine Steuererhöhungen

Wie viel Geld der Bund 2017 ausgibt und wofür – die Verabschiedung des Haushalts stand diese Woche auf der Agenda des Bundestages. Wichtige Politikbereiche wie innere und äußere Sicherheit, Fluchtursachenbekämpfung und Krisenprävention wurden noch einmal gestärkt und die Etats entsprechend aufgestockt.

Insgesamt beträgt das Volumen des Haushalts im kommenden Jahr 329,1 Milliarden Euro, das sind knapp vier Prozent mehr als 2016. Wieder wurde ein ausgeglichener Haushalt aufgestellt – damit ist es zum ersten Mal überhaupt gelungen, eine gesamte Wahlperiode ohne neue Schulden auszukommen. Spielräume wurden genutzt, um die Investitionsquote auf elf Prozent anzuheben und Entlastungen bei der Einkommensteuer auf den Weg zu bringen. Es konnten sogar Mittel zur Schuldentilgung vorgesehen werden. Die CSU-Landesgruppe hat ihr Wahlversprechen ohne jeden Abstrich gehalten: keine neuen Schulden und keine Steuererhöhungen. Wie die Einzelpläne der drei CSU-geführten Ministerien aussehen, lesen Sie auf der nächsten Seite.

Bundeshaushalt 2017

Ausgaben nach Einzelplänen (in Mrd. Euro)



Stand: November 2016

* Zahlen wurden auf die erste Nachkommastelle gerundet. Abweichungen entstehen durch Rundungsdifferenzen.

© Bundesministerium der Finanzen

[> weiterlesen](#)

Bundeslandwirtschaftsministerium: Etat um mehr als sieben Prozent gestiegen



Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) stehen im kommenden Jahr rund sechs Milliarden Euro und damit 7,1 Prozent mehr als 2016 zur Verfügung. Das Plus gegenüber dem Regierungsentwurf beläuft sich auf gut 106,5 Millionen Euro. Schwerpunkte des Etats sind die schwierige Marktlage sowie die Stärkung der ländlichen Räume. So entfallen 178 Millionen Euro auf den Zuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, 58 Millionen Euro auf die Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe im Milchmarktbereich durch Liquiditätshilfen. Das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung wurde noch einmal um zusätzliche 35 Millionen Euro auf nun 55 Millionen Euro aufgestockt.

Bundesentwicklungsministerium mit Rekordetat



Der Etat von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) erreicht mit 8,5 Milliarden Euro wieder ein Rekordniveau. Seit 2005, dem Beginn der unionsgeführten Bundesregierungen, wurden die Mittel damit mehr als verdoppelt. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den betroffenen Regionen insbesondere in Afrika und Syrien hat der Bundestag den Etat noch einmal um rund 554 Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf aufgestockt. Mit den aktuellen Etat ist Deutschland auf einem guten Weg, künftig die sogenannte ODA-Quote (Official Development Assistance) von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erreichen.

Bundesverkehrsministerium mit hohen Investitionen in die Infrastruktur



Die Ausgaben von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) sind für 2017 auf 27,9 Milliarden Euro veranschlagt und erreichen damit ebenfalls Rekordniveau. Der Etat wurde in den Haushaltsberatungen des Bundestages noch einmal um knapp 1,1 Milliarden Euro gegenüber dem Regierungsentwurf erhöht. Davon entfallen eine Milliarde Euro auf eine Kapitalerhöhung der Deutschen Bahn durch den Bund als Alleingesellschafter. Mit der Kapitalerhöhung soll die Wachstums- und Qualitätsoffensive der Deutschen Bahn unterstützt werden. Zudem werden zusätzliche Mittel für freiwillige Lärmsanierung an bestehenden Eisenbahnlinien bereitgestellt und die deutsche Luftverkehrswirtschaft durch eine Senkung der Flugsicherungsgebühren entlastet. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur betragen 12,8 Milliarden Euro – ein Anstieg von 25 Prozent seit Beginn der Legislaturperiode.

Bundeshaushalt 2017

Kalb: Ein Kraftakt mit Rekordinvestitionen und schwarzer Null



© picture alliance/chromorange

Am Freitag wurde der Bundeshaushalt 2017 verabschiedet. Ein Schwerpunkt: die innere Sicherheit. Der haushaltspolitische Sprecher Bartholomäus Kalb erklärt, wie es trotz der Mehrausgaben wieder gelungen ist, die schwarze Null zu halten.

Gerade wurde der Bundeshaushalt für das nächste Jahr beschlossen. Wo liegen denn die Schwerpunkte?

Ein ganz besonderer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung unserer Sicherheitsbehörden. Damit geben wir eine deutliche Antwort auf die angespannte Sicherheitslage und die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Das ist, denke ich, auch im Sinne der Bürger ganz wichtig. Die Bundespolizei bekommt 7.000 zusätzliche Stellen bis 2020. Auch das Bundeskriminalamt und unsere Nachrichtendienste erhalten deutlich mehr Geld und Personal.



© Henning Schacht



Erneut sind auch mehr Investitionen geplant. Wo wird denn genau investiert?

Das ist richtig. Die Investitionen erhöhen sich 2017 noch einmal um 4,6 Milliarden Euro. Die Investitionsquote des Bundeshaushalts steigt auf elf Prozent. Das Geld fließt vor allem in die Verkehrsinfrastruktur. Hierfür haben wir im kommenden Jahr insgesamt 12,8 Milliarden Euro eingeplant. Für den Breitbandausbau stehen von 2015 bis 2020 insgesamt vier Milliarden Euro zur Verfügung. Aber auch die Ausgaben für Bildung und Forschung sind für mich Investitionen in die Zukunft: Der Bildungsetat erreicht mit 17,6 Milliarden Euro ein neues Rekordniveau.

Trotz dieser Mehrinvestitionen ist es mit dem Haushaltsplan 2017 gelungen, die gesamte Wahlperiode ohne neue Schulden auszukommen und ohne Steuererhöhungen. Ein Kraftakt?

Das ist in der Tat ein großer Kraftakt, der uns gelungen ist. Den Haushaltsausgleich auch nur in einem Jahr zu erreichen, ist bereits ein Kraftakt. Das erkennt man leicht daran, dass es bis 2014 über 45 Jahre keiner Regierung gelungen ist. Zu behaupten, dass geringe Zinsausgaben und hohe Steuereinnahmen von alleine zu einem ausgeglichenen Haushalt führen, ist schlichtweg falsch. Eine gute Einnahmesituation weckt zahlreiche Begehrlichkeiten. Die Flüchtlingssituation und die zunehmende Anzahl an Krisenherden auf der Welt haben zudem außerordentliche Ausgabenbelastungen mit sich gebracht.

Ich bin mir sicher, dass die haushalterische Bilanz der letzten drei Jahre unter Rot-Rot-Grün ganz anders ausgesehen hätte. Keine neuen Schulden und keine Steuererhöhungen über eine ganze Legislaturperiode hinweg sind ein Beweis dafür, dass die CSU-Landesgruppe zu ihren Wahlversprechen steht und die Durchsetzungskraft aufbringt, sie auch umzusetzen. So wollen wir fortfahren. Dass wir es dabei auch noch geschafft haben, Bürgerinnen und Bürger um insgesamt elf Milliarden Euro zu entlasten, freut mich ganz besonders.

Fraktionsspitze in Brüssel

Europa steht vor großen Herausforderungen



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Flüchtlingsströme, Brexit, Staatsschuldenkrise, Beziehungen zur Türkei – Europa ist großen Bewährungsproben ausgesetzt. Vergangene Woche traf der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Mitglieder der EU-Kommission, des EU-Parlaments und anderer Institutionen in Brüssel. Deutlich wurde, dass Europa vor großen Herausforderungen steht.

„Europa muss noch mehr Anstrengungen unternehmen, um die Fluchtursachen zu bekämpfen, und gleichzeitig den derzeit sehr stark belasteten Ländern Griechenland und Italien helfen“, fasst der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Max Straubinger seine Eindrücke zusammen. Und der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder prognostiziert: „Die Herausforderungen für die EU und die Euro-Staaten werden in den nächsten Jahren eher noch wachsen.“ Allen Unzulänglichkeiten zum Trotz sei Europa aber besser als sein Ruf.

Fehlende Unterstützung in Flüchtlingskrise

In den Gesprächen zeigte sich, dass gerade bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise viele Mitgliedstaaten die EU-Kommission nicht genügend unterstützen. So würde immer noch nicht genügend Personal für den Schutz der EU-Außengrenzen zur Verfügung gestellt. „Auch ist es notwendig, dass die Bereitschaft der Mitgliedsländer zur Flüchtlingsaufnahme verbessert wird“, mahnt Straubinger.

Keine Rosinenpickerei beim Brexit

Der Brexit war vorherrschendes Thema beim Gespräch mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Die Verhandlungen seien schwierig, da in den Austrittsgesprächen unter anderem alle EU-Rechtsvorschriften durchgegangen werden müssten. Juncker sah es als notwendig an, dass die EU-Mitglieder eine möglichst einheitliche Linie verfolgten. Straubinger stellt hierzu klar: „Die Aufnahme der Verhandlungen muss im Geiste einer weiteren guten Zusammenarbeit mit Großbritannien intensiv vorbereitet werden. Gleichzeitig darf es aber keine Rosinenpickerei geben.“

Türkei: Innenpolitische Lage sehr kritisch

Angesprochen wurden in Brüssel auch die Beziehungen zur Türkei. Vertreter der EU-Kommission betonten, dass sich die Türkei an die Abmachungen im Flüchtlingsabkommen mit der EU halte. Es würde an einzelnen Tagen kein einziger Flüchtling mehr auf den griechischen Inseln ankommen. Die innenpolitische Lage in der Türkei wurde von den Mitgliedern der Fraktionsführung und den Gesprächspartnern sehr kritisch gesehen.

Faktencheck Innere Sicherheit Zum Schutz der Bürger



© dpa/sz photo

Es ist oberste Aufgabe des Staates, seine Bürger zu schützen. Gerade in Zeiten des islamistischen Terrorismus hat die innere Sicherheit Priorität. Um diese zu stärken, wurden bereits zahlreiche Gesetze verschärft und Maßnahmen beschlossen. Doch was tun wir genau zum Schutz der Bürger? Fragen und Antworten für mehr Sicherheit.

Wie stärken wir die Arbeit von Polizei und Ermittlungsbehörden?

Polizei und Ermittlungsbehörden bekommen mehr Personal. Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz erhalten noch in dieser Wahlperiode 4.600 neue Stellen. Im Zeitraum 2016 bis 2020 ist zudem geplant, allein bei der Bundespolizei rund 7.000 weitere neue Mitarbeiter einzustellen. Außerdem wird in eine bessere Ausstattung investiert: Dafür werden im Zeitraum von 2015 bis 2020 mehr als zwei Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt. In akuten Bedrohungssituationen soll künftig die neugegründete Anti-Terror-Einheit der Bundespolizei zum Einsatz kommen.

Was tun wir im Kampf gegen den Terror?

Um Anschläge radikaler Islamisten zu verhindern, werden Vorbereitungshandlungen umfassend unter Strafe gestellt. Verurteilte Unterstützer einer terroristischen Vereinigung sollen nach Haftentlassung überwacht werden. Finanzielle Unterstützung für Terroristen wurde stärker unter Strafe gestellt und deren Bekämpfung intensiviert. Außerdem ist das Reisen in terroristischer Absicht jetzt strafbar. Dschihadisten kann zudem auch der Reisepass oder Personalausweis entzogen werden. Mit der Identifizierungspflicht beim Kauf von Prepaid-Karten wird verhindert, dass Terrorverdächtige mit wechselnden Handys anonym kommunizieren. Zur Gefahrenabwehr kann die Bundespolizei auch verdeckte Ermittler einsetzen. Außerdem sorgt eine bessere Vernetzung unserer Sicherheitsbehörden mit ausländischen Stellen und anderen Behörden, wie zum Beispiel Luftfahrtunternehmen, Telekommunikationsdienstleistern oder Kreditinstituten, für mehr Sicherheit. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Terrorismus.

Welche Maßnahmen planen wir noch?

In besonders schweren Terrorlagen soll auch die Bundeswehr unter Führung der Polizei eingesetzt werden können. Für den gemeinsamen Einsatz von Polizei und Bundeswehr im Landesinneren soll ein detailliertes Einsatzkonzept ausgearbeitet werden, das bei gemeinsamen Übungen erprobt wird. Zur Aufklärung und Vorbeugung terroristischer Aktivitäten soll der Verfassungsschutz außerdem künftig auch auf Verbindungsdaten zugreifen und verschlüsselte Kommunikation überwachen können. Islamisten müssen zudem künftig zudem intensiver bewacht werden können - Sympathiewerbung für terroristische Vereinigung unter Strafe gestellt werden. Außerdem ist geplant, die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen zu verstärken sowie ein Verbot der Vollverschleierung dort einzuführen, wo Gesicht zeigen geboten ist.

BENEFIZ-SCHAFKOPFTURNIER

Ein Blatt für notleidende Kinder



Schafkopfen für den guten Zweck: Auf Initiative des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe Max Straubinger fand am Dienstag ein fraktionsübergreifendes Benefiz-Turnier statt. Insgesamt wurden mehr als 15.000 Euro für notleidende Kinder gesammelt.

„Solo von rechts! Und Bauern sind nichts wert“, schallt es durch Raum. Nein, das sind keine politischen Zukunftsszenarien, sondern die Regeln des parlamentarischen Benefiz-Schafkopfturniers, das am Dienstagabend in der Bayerischen Landesvertretung stattfand. Schafkopfen sei mehr als Tradition, stellte Max Straubinger zu Beginn klar. Es schaffe die Möglichkeit zusammenzuführen: „Über viele Grenzen hinweg, die sich im Alltag aufgebaut haben“, so Straubinger. Dies sei in demokratischen Gesellschaften üblich und wichtig.

Am Dienstagabend spielten mehr als 100 Teilnehmer in zünftig-bayerischer Atmosphäre. Mit von der Partie war neben zahlreichen Bundestagsabgeordneten auch die stellvertretende bayerische Ministerpräsidentin Ilse Aigner (CSU). Die Schirmherrschaft übernahm Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Das beste Blatt hatten allerdings die Kinder der Aktion „Sternstunden – wir helfen Kindern“ des Bayerischen Rundfunks. Für sie wurden 15.000 Euro Spenden gesammelt. Und Max Straubinger legte zum Schluss nochmal nach: „Es wird nicht bei dieser Summe bleiben. Alles, was heute Abend an Geld übrig bleibt, wird ausschließlich an die Aktion Sternstunden weitergegeben.“

Impressum

Herausgeber:
Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de
Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
E-Mail: bab@cducsu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: Matthias Tunger

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

